

Rechtsextremismus – eine Herausforderung

In Bayern hat sich vor fast einem Jahrzehnt das „Bündnis für Toleranz“ gegründet. In ihm arbeiten religiöse, zivilgesellschaftliche und staatliche Partner zusammen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Sprecher des Bündnisses ist der Evangelische Landesbischof, die Geschäftsführung ist im Evangelischen Bildungszentrum Alexandersbad angesiedelt. Die Landeskirche (Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, ELKB) hat einen Runden Tisch zu Rechtsextremismus eingerichtet, derzeit entsteht ein Handlungskonzept. Die Landessynode stellt Mittel für reaktive, präventive und proaktive Projekte zur Verfügung – auf diese Erfahrungen stützen sich die folgenden Aussagen.

1. Definition

Rechtsextremismus dient als Sammelbezeichnung, um neonazistische oder ultranationalistische politische Ideologien und Aktivitäten zu beschreiben. Ideologischer Kern des Rechtsextremismus ist die Vorstellung von der Ungleichheit, der Ungleichwertigkeit von Menschen. Der Rechtsextremismus orientiert sich an der ethnischen Zugehörigkeit, stellt die rechtliche Gleichheit von Menschen in Frage und ist geprägt von einem antipluralistischen, antidemokratischen und autoritären Gesellschaftsverständnis. Politischen Ausdruck findet dies in Bemühungen, den Nationalstaat zu einer autoritär geführten „Volksgemeinschaft“ in einem rassistischen Sinn umzugestalten.

2. Historische, politische und gesellschaftliche Aspekte

- Historisch:

Am Beispiel Bayerns lässt sich die Ausprägung des Nationalsozialismus besonders gut zeigen. Hier befanden sich die „Hauptstadt der Bewegung“ München, die Hitlers Aufstieg erst ermöglichte, und die „Stadt der Reichsparteitage“, Nürnberg. Insbesondere protestantische Hochburgen waren stark nationalsozialistisch geprägt, symbolisiert durch Ansbach, Bayreuth und Coburg, der Stadt, die als erste 1931 einen Nationalsozialisten als Oberbürgermeister hatte und ein Jahr darauf bereits Adolf Hitler zum Ehrenbürger ernannte. Am Hesselberg, inmitten des protestantischen Westmittelfranken gelegen, fanden die „Frankentage“ statt, eine Miniaturausgabe der Reichsparteitage, organisiert vom Gauleiter und Stürmer-Herausgeber Julius Streicher, einem der aggressivsten Antisemiten des Regimes. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, ELKB, war seinerzeit, gelinde gesagt, durch eine ambivalente Haltung vieler Pfarrer geprägt.

Gleichzeitig gibt es aber in Bayern auch eine Geschichte des Rechtsextremismus nach dem 2. Weltkrieg. Diesbezüglich seien nur kurz das Oktoberfest-Attentat, die Wehrsportgruppe Hoffmann, der Mord an dem Verleger Shlomo Levin und seiner Partnerin Frida Poeschke in Erlangen, der tödliche Brandanschlag von Schwandorf 1989 und das Aufkommen der Republikaner mit Franz Schönhuber erwähnt. Auch die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit setzt erst sehr spät ein; dies gilt sowohl für die ELKB,

die sich lange Zeit schwer damit tut, dem Erbe von Dietrich Bonhoeffer, Karl Steinbauer und anderen mutigen Menschen gerecht zu werden, als auch für die Politik im Freistaat. Erst 1995 besucht mit Edmund Stoiber ein bayerischer Ministerpräsident offiziell eine KZ-Gedenkstätte, die Auseinandersetzungen um ein angemessenes Gedenken in Dachau dauerten bis in das 21. Jahrhundert an.

- **Politisch-gesellschaftlich:**

Rechtsextremismus ist eine **umfassende Bedrohung**: Einzelne Menschen, Individuen werden psychisch und physisch attackiert, im Extremfall getötet. Die Gesellschaft wird bedroht, insbesondere das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Ethnien und verschiedener Religionen. Der Staat als freiheitliche Demokratie, als Rechtsstaat mit dem Grundgesetz und die in ihm verbrieften Menschenrechte wird abgelehnt und bekämpft. Diese allumfassende, radikale und gewaltbereite Gegnerschaft zu allem, was unser Gemeinwesen heute ausmacht, ist ein Spezifikum des Rechtsextremismus.

Die Struktur des Rechtsextremismus lässt sich am besten im **Eisbergmodell** ausdrücken: nur ein kleiner Teil des Rechtsextremismus befindet sich „oberhalb der Wasseroberfläche“ und ist sofort erkennbar: diejenigen, die heute als Neonazis bezeichnet werden und von denen es laut aktuellem Verfassungsschutzbericht ca. 2.200 Personen in Bayern und 24.000 Personen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland gibt. Dies sind Menschen, für die das Eintreten für die nationalsozialistische Ideologie eine Berufung darstellt und zum kompletten Lebensinhalt wird – in den frühen neunziger Jahren gab es darüber einen Dokumentarfilm mit dem treffenden Titel „Beruf Neonazi“.

Unterhalb der Wasseroberfläche, in der „mittleren Ebene des Eisbergs“, befindet sich die komplette Infrastruktur des Rechtsextremismus: Parteien mit Ihren Leitungsstrukturen, Mandatsträgern und Wählern, Internetseiten, Sozialen Medien, Verlagen, Zeitungen, Autoren, entsprechenden Versandhäusern, einer gesamten Musikindustrie usw. Hierzu gehört auch der intellektuelle Teil, die sogenannte Neue Rechte mit ihrer teilweise guten Vernetzung in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Universitäten, dort u.a. auch einigen Burschenschaften.

In der dritten Ebene befindet sich quasi die „Basis des Eisbergs“ in Form von Einstellungen und Haltungen vieler Menschen: Zuschreibungen, Vorurteile, Feindseligkeiten, Ausgrenzungsmechanismen. Hier sind in erster Linie drei Studien zu erwähnen, die dazu gesicherte Erkenntnisse liefern:

- der Antisemitismus-Bericht des Deutschen Bundestages

Er wurde 23. Januar 2012 publiziert und im Auftrag der Bundesregierung von einem unabhängig, international besetzten Expert/innengremium erstellt. Im Bericht wird deutlich, dass latent antisemitische Haltungen, Einstellungen und Denkmuster, in der Bundesrepublik Deutschland in erheblichem Umfang zu konstatieren sind. Diese Muster reichen bis in die Mitte der Gesellschaft. Die Autor/innen beschreiben, dass es diesen latenten Antisemitismus bei etwa 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland gebe und beziehen sich dabei auf viele unterschiedliche Untersuchungen. Besonders gefährlich erscheint ihnen

die Anschlussfähigkeit für rechtsextremistisches Gedankengut, die sich durch diesen bis in die gesellschaftliche Mitte reichenden und nicht hinreichend geächteten Antisemitismus ergibt.

Das Besondere am Antisemitismus-Bericht des Deutschen Bundestags ist, dass er durch die über allen Zweifeln erhabene internationale Besetzung des Expertengremiums, die Entgegennahme durch den Bundestag und die Herausgabe als dessen Drucksache quasi „regierungsamtlichen Charakter“ besitzt und damit über jeden parteipolitischen und weltanschaulichen Disput steht.

- die „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Universität Leipzig

Seit 2002 erforscht die Universität Leipzig in einem Team um Oliver Decker und Elmar Brähler rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Diese Studien werden seit 2006 im zweijährigen Turnus von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben, es handelt sich um repräsentative Erhebungen. Anhand von sechs Kategorien (Befürwortung Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung Nationalsozialismus) weist die Friedrich-Ebert-Stiftung auf, dass rechtsextremes Denken in Deutschland kein „Randproblem“, sondern eines der Mitte der Gesellschaft ist. Die „Mitte“-Studien“ belegen, dass rechtsextreme Haltungen in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maße anzutreffen sind. Die verschiedenen Einzelstudien stellen auch bundesinterne oder europaweite Vergleichszahlen zur Verfügung.

- Studien über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld: Deutsche Zustände)

Das von Wilhelm Heitmeyer etablierte Forschungsprogramm zur empirischen Langzeituntersuchung von rechtsextremen und rassistischen Einstellungen in Deutschland weist mittlerweile zehn Kategorien auf: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Islamfeindlichkeit, Klassischer Sexismus, Etabliertenvorrechte und Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Als Sammelbegriff hierfür hat die Gruppe um Heitmeyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)“ eingeführt. Der Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ basiert auf dem Bielefelder Desintegrationsansatz und zielt darauf, feindselige Einstellungen zu Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen in der deutschen Gesellschaft mit Hilfe eines Begriffs von großer Spannweite zu erfassen und zu systematisieren. Als gemeinsamer Kern der diesem Begriff zugeordneten Phänomene wird eine Ideologie der Ungleichwertigkeit angenommen.

Entscheidend neben der Vieldimensionalität ist in der Argumentation, dass Heitmeyer von Zuschreibungen und Abwertungen spricht. Hiermit wird deutlich, dass es bei Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit noch nicht einmal um manifeste und lauthals vorgetragene Vorurteile und Formen verbalen Ausschließens handeln muss, sondern um das vorgelagerte Denken und Fühlen. Die umfangreiche Datenbasis ermöglicht detaillierte Aussagen zu Einstellungsmustern nach Geschlecht, Alter, Bildung, Stadt-Land oder Herkunft.

3. Widerstehen gegen Rechtsextremismus – eine asymmetrische Form der Auseinandersetzung

Für die Kirche bieten diese wissenschaftlichen Studien wichtige Erklärungsmuster zu den Voraussetzungen von Rechtsextremismus. Entscheidend ist dabei, dass die Ursachen und die Entstehungsbedingungen von Ressentiments nachvollzogen werden – eine moralische Disqualifizierung, die in der Regel nur der eigenen Erhöhung dient, ist hierfür unangemessen. Es geht vielmehr darum, den Funktionen und auch der Attraktivität von Ressentiments nachzugehen – wohl wissend, dass Menschen mit kirchlicher Bindung davon keineswegs frei sind. Im Bayerischen Bündnis für Toleranz haben wir dafür folgendes Leitmotiv entwickelt, das sich sowohl auf die einzelne Person, als auch auf Institutionen beziehen lässt: „Wir sind erst dann Teil der Lösung, wenn wir akzeptieren, dass wir Teil des Problems sind“.

Eine solche Haltung erleichtert die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, denn diese findet asymmetrisch statt. Das liegt daran, dass Rechtsextremisten einerseits die Demokratie und deren Rechte für sich nutzen – sei es die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit oder ihr Klagerecht. Andererseits machen sie deutlich, dass sie diese Demokratie mit diesen Rechten, sofern sie irgendetwas zu sagen hätten, sofort abschaffen würden. Rechtsextremisten nehmen für sich elementare Rechte, Grund- und Menschenrechte, in Anspruch, die sie anderen nicht zubilligen würden. Sie nehmen diese widersprüchliche Haltung wie ihr historisches Vorbild, die Nationalsozialisten, in Kauf, weil sie dadurch strategische Vorteile erzielen. Dies führt für alle Akteure, die sich gegen sie stellen, zu einer Dilemma-Situationen. Einige seien hier kurz erwähnt:

- Dilemma für die Politik: Soll man eine Partei wie die NPD nicht sofort verbieten, damit sie das Parteienprivileg verliert und keine Mittel durch Wahlkampfkostenerstattung mehr erhält und man sie nicht mehr mit öffentlichen Mitteln am Leben hält? Oder macht man sich damit nicht selbst zu einem verbietenden und letztlich undemokratischen Staat, der versucht, auf diese Weise Weltanschauungen zu bekämpfen?
- Dilemma für kommunalpolitisch Verantwortliche: Wenn Neonazis in einer Stadt eine Demonstration oder Kundgebung anmelden, soll eine Kommune dies dann verbieten? Damit tritt die Stadt dann eindeutig auf und zeigt deutlich, wo die Grenzen sind. Andererseits gibt sie damit den Neonazis in der Regel eine große Chance, vor Gericht demokratisch ihr Demonstrationsrecht einzuklagen und damit einen symbolisch wichtigen Sieg zu erringen - und damit wäre die Kommune selbst blamiert.
- Dilemma für zivilgesellschaftlich engagierte Menschen: Sie stellen sich gegen Rechtsextremismus und wollen mit allen Möglichkeiten zum Ausdruck bringen, dass sie dieser menschenverachtenden Ideologie keinen Platz in ihrer Stadt einräumen wollen. Deswegen sagen sie, dass sie einen Demonstrationzug der Neonazis blockieren würden. Das ist sicherlich aufgrund der ethischen Grundhaltung legitim, aber es ist dann nicht mehr legal, wenn nach einer dreimaligen Aufforderung durch die Polizei die Straße nicht verlassen wird. Hier stehen (insbesondere junge) Menschen im Dilemma zwischen Legitimität und Legalität, zwischen jeweils für sich sehr hohen Werten.

- Dilemma für die Medien: Einerseits ist es unabdingbar, dass Medien über Aktionen und Taten von Rechtsextremisten berichten. Andererseits belohnt sie die Erwähnung in der Zeitung oder im Fernsehen in gewisser Weise, was ihre Einstellungen manifestiert. Zusätzlich ist die persönliche Erwähnung ein fatales Signal an alle anderen Menschen, die sich für ihr gesellschaftlich positives Engagement auch nur einen Bruchteil der Aufmerksamkeit wünschten, die die Neonazis erfahren.
- Dilemma für die Polizei: Polizeibeamte haben einen Eid auf das bundesdeutsche Grundgesetz geschworen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass Ihnen die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte am Herzen liegen. Nun müssen sie – möglicherweise aufgrund eines Gerichtsurteils – das Demonstrationsrecht von Menschen schützen, die diese Grund- und Menschenrechte mit Füßen treten. Außerdem müssen sie sich noch Äußerungen anhören wie „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“.
- Dilemma für viele Lehrkräfte: sie wollen einerseits über neonazistische Symbole und Zeichen und über Musik informieren. Das ist wichtig, damit ihre Schülerinnen und Schüler aufgeklärt sind und sich dementsprechend wehren oder andere Jugendliche ebenfalls informieren können. Andererseits erledigen Lehrkräfte damit das Geschäft der Rechtsextremisten, nämlich die Verbreitung ihrer Gedanken, Ansichten, Symbole und Codes.

Diese Dilemmata sind unausweichlich - es gibt bei den Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus kaum ein Entkommen daraus. Nur in den allerwenigsten Situationen gibt es eindeutige Lösungen, wie etwa bei der Regensburger Initiative „Kein Bier für Rassisten“ – was dann häufig die besondere Attraktivität dieser Projekte ausmacht.

Nahezu alle Formen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten sind von diesen Dilemmata geprägt. Diejenigen, die versuchen, unter diesen Bedingungen zu handeln, dürfen sich deshalb nicht gegenseitig vorwerfen, mit welchen konkreten Lösungen sie den Dilemmata entkommen wollen. Als Kirche sollten wir dafür werben, dass es einen respektvollen Umgang für die entsprechenden Entscheidungen gibt, die durchaus unterschiedlich ausfallen können. Im Wissen, dass dem Dilemma in der Regel niemand entkommt, sprechen wir uns für einen mutigen und offenen Umgang damit aus.

4. Rechtsextremismus – eine umfassende Bedrohung benötigt eine umfassende Antwort

Wenn wir davon ausgehen, dass der Rechtsextremismus eine umfassende Bedrohung von Individuen, Gesellschaft und Staat darstellt, dann benötigt er zu seiner Bekämpfung auch eine entsprechende Antwort – auch in Kenntnis der beschriebenen Dilemmata. In der Politikwissenschaft unterscheidet man unterschiedliche Sphären des Gemeinlebens - unterteilt nach den drei Sektoren Staat, Ökonomie und Lebenswelt. Diese drei Sektoren leisten Unterschiedliches bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus – es gilt, sie funktional zu unterscheiden.

Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus hat der **Staat** folgende Ausgaben - sie liegen schwerpunktmäßig im reaktiven Handlungssektor:

- a. Er muss das Gewaltmonopol gewährleisten, d.h. er muss strafrechtlich relevante Taten der Rechtsextremisten verfolgen und möglicherweise bereits im Vorfeld verhindern.
- b. Er ist damit verantwortlich für Sicherheit, Ordnung, Rechtsstaatlichkeit. Hier hat er eine Monopolstellung, diese Aufgaben können von niemand anderen übernommen werden.
- c. Er ist zuständig dafür, dass es politische Konzepte gibt, mit denen man Rechtsextremismus bekämpft. Dazu gehört selbstverständlich auch die zur Verfügung Stellung öffentlicher Mittel.
- d. Der Staat hat eine Repräsentationsfunktion d. h. seine Vertreterinnen und Vertreter müssen deutlich machen, dass sie sich gegen Rechtsextremismus und undemokratisches Handeln und Reden stellen und dies möglichst auch bei repräsentativen Anlässen durch ihre Anwesenheit und ihr Mitwirken unterstreichen.

Die Strukturen der **Ökonomie** liegen stärker im präventiven Feld, denn sofern das ökonomische System seine Funktionen erfüllt, können Menschen leichter davon abgehalten werden, zu Rechtsextremen zu werden.

- a. Zu den Strukturen der Ökonomie gehört die Zuweisung eines beruflichen Status, damit auch die Vermittlung von Anerkennung, Akzeptanz, Integration und Prestige. Auf diese Weise wird letztendlich gesellschaftlicher Frieden hergestellt.
- b. Die Ökonomie hat zweitens die Funktion, betrieblichen Frieden herzustellen.
- c. Die Ökonomie kann durch Diversity Management Integration und Vielfalt von Menschen unterschiedlicher Herkunft auch in ihrem Sektor herstellen.

Die **Lebenswelt** schließlich ist reaktiv, präventiv und pro-aktiv tätig, ihre Stärke liegt sicherlich im pro-aktiven Tätigkeitsbereich. Sie kann als einzige der drei Sektoren Partizipation herstellen.

- a. Sie kann Menschen in ihren Strukturen organisieren und dazu motivieren, sich in das Gemeinwesen einzubringen. Nur die Lebenswelt, nur die Zivilgesellschaft kann Menschen glaubwürdig zu einer Kundgebung oder Demonstration aufrufen.
- b. Weiterhin entwickelt die Lebenswelt Werte, vermittelt diese und stiftet damit Identität – hier sei nur an das berühmte Diktum des Juristen Ernst Wilhelm Bockenförde erinnert, dass der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann.
- c. Schließlich stellt die Lebenswelt Transparenz her, in dem sie eine gewisse Kontrollfunktion gegenüber den anderen beiden Sektoren wahrnimmt. Damit ist sie in diesem Zusammenhang Vetoplayer.

Komplementarität und Relationsbewusstsein:

Es ist nun ganz entscheidend, dass zwischen diesen verschiedenen Sektoren ein bestimmtes Bewusstsein darüber existiert, dass sie um des Erfolges bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus willen aufeinander angewiesen sind. Dies ist durchaus möglich, denn die verschiedenen Sektoren

unterscheiden sich ausschließlich funktional und nicht notwendigerweise weltanschaulich oder politisch. Von daher ist es entscheidend, dass sich ihre unterschiedlichen Funktionen aufeinander beziehen und nicht in Konkurrenz zueinander treten. Es ist die Fähigkeit zu komplementären Handeln gefordert – etwas populistisch formuliert könnte man davon sprechen, dass sich der „Aufstand der Anständigen“ mit dem „Aufstand der Zuständigen“ verbinden muss.

Damit dies funktionieren kann, müssen einige Bedingungen erfüllt sein:

- a. Es gilt, zentrifugale Kräfte, die versuchen das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen Sektoren zu verhindern, zu schwächen, z. B. indem man integrative Kräfte stärkt.
- b. Es ist wichtig, dass die funktionalen Sektoren sich gegenseitig kontrollieren und in Form von Feedback Rückkoppelung geben. Dafür ist es notwendig, dass die Sektoren dies gegenseitig ermöglichen, was ein gewisses Vertrauen voraussetzt.
- c. Die Sektoren besitzen unterschiedliche Funktionen, die sich durch wechselseitige Bezugnahme stärken können - deswegen ist ein Relationsbewusstsein nötig. Jeder der drei Sektoren ist sich der eigenen Wirksamkeit und der eigenen Begrenzung bewusst. Weiterhin gilt es, die Möglichkeiten der anderen Sektoren wahrzunehmen, deren Autonomie zu respektieren und die eigene Autonomie gegenüber den anderen Sektoren einzufordern.

Autonomie bedeutet u.a., dass jeder Sektor für sich selbst die eigenen Regeln aufstellt. Dies ist sehr bedeutsam, insbesondere im Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Der Staat darf nicht das zivilgesellschaftliche Handeln überformen. Zivilgesellschaft muss in der Lage sein, ihre Regeln selbst zu formulieren und darf nicht anhand staatlicher Kriterien beurteilt werden. Als ein negatives Beispiel erwähne ich an dieser Stelle die sogenannte Demokratieerklärung, die im Verbund mit dem Programm „Kompetenz fördern – Toleranz stärken“ von Seiten des Bundesfamilienministeriums gegenüber den Mittelgebern erwünscht war. Hier wurde eine staatliche Struktur (die Erwähnung einer Institution oder einer Person in einem der 17 Verfassungsschutzberichte) zur Richtschnur für zivilgesellschaftliches Handeln gemacht. Sobald eine solche Überformung eines Sektors gegenüber einem anderen Sektor mit anderen Funktionen stattfindet, hat sich gezeigt, dass das System (der Abwehr von Rechtsextremismus) als Ganzes nicht mehr handlungsfähig ist.

5. Konsequenzen - gegen Rechtsextremismus mit wem und warum

Selbstverständnis und Haltung

Durch das oben beschriebene Eisbergmodell wird deutlich, dass Rechtsextremismus kein Phänomen ist, das sich auf einige Wenige beschränken lässt. Personen und Institutionen können erst dann Teil der Lösung werden, wenn sie akzeptieren, dass sie Teil des Problems sind.

Diese Form der Selbstreflexion und des sich-Selbst-Fragen bzw. in-Frage-Stellen ist wesentlich für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. So wird eine moralische (Selbst-)Überhöhung vermieden und deutlich gemacht, dass nicht mit dem Finger auf andere gezeigt wird, die ein Problem haben, von dem man selbst frei sei. Letztendlich sind wir davon überzeugt, dass dieser Verzicht auf eine moralische Anklage und das Bewusstsein, selbst Problemträger zu sein, bei Anderen die Bereitschaft stärkt, sich mit den eigenen Einstellungen und Haltungen auseinander zu setzen.

Konkrete Partner

a) Religiöse Partner

Hier sind die Evangelisch-Lutherische und die Römisch-Katholische Kirche zu nennen, jedoch im gleichen Atemzug die Jüdischen Gemeinden, von denen es in Bayern elf gibt. Schließlich sind an vielen Orten muslimische Gemeinden gemeinsam mit der ELKB in den Bündnissen aktiv. Religiöse Partner sind für uns wichtig auf der Ebene des proaktiven Handelns, etwa im interreligiösen Dialog bzw. Trialog.

b) Etablierte gesellschaftliche Institutionen

Hier sind in erster Linie die Gewerkschaften zu nennen, sowie die Verbände aus anderen einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, wie Sport, Soziales, Jugend, Heimat, Bildung und Schule, Rettungsdienste, Wirtschaft usw. Gemeinsam mit diesen Partnern sind wir sowohl im reaktiven als auch im präventiven Feld tätig.

c) Zivilgesellschaftliche Bündnisse und Projekte

Dabei kann es sich um Zusammenschlüsse engagierter Einzelpersonen handeln, um Gedenkstätteninitiativen, Verfolgtenverbände oder lokale und regionale Projekte, Vereine und insbesondere Zusammenschlüsse gegen Rechtsextremismus oder „bunt statt braun“. Mit diesen Partnern arbeiten wir in erster Linie reaktiv, zum Teil auch präventiv zusammen.

d) Politikerinnen und Politiker sowie politische Parteien

Wir arbeiten zusammen mit Einzelpersonen als Repräsentanten, die den örtlichen Protest symbolisch unterstützen: dies können Oberbürgermeister/Innen, Bürgermeister/Innen, Landräte/Innen und Mitglieder des Landtages oder Bundestages sein. Selbstverständlich arbeiten wir auch mit demokratischen Parteien zusammen, wobei wir es bevorzugen, wenn mindestens drei demokratische Parteien beteiligt sind, damit wir uns in Streitfällen als ELKB nicht einseitig parteipolitisch (und dann womöglich noch gegen eine demokratische Partei) positionieren müssen. Mit diesen Partnern arbeiten wir reaktiv zusammen.

e) Ministerien, Behörden, Verwaltung und die Polizei

Bei diesen Partnern ist uns bewusst, dass sie in der Regel eine rechtsstaatliche Rolle ausfüllen müssen: Sie unterliegen der Verpflichtung zur inhaltlichen Neutralität, weil sie z.B. als Genehmigungsbehörden agieren oder weil sie dem Legalitätsprinzip unterworfen sind. Uns ist bewusst, dass die Polizei das Grundrecht auf Meinungsäußerung und Demonstration auch der Demokratiegegner gewährleisten muss. Wir sehen sie aber als notwendige Partner im Rechtsstaat und verstehen ihr Engagement als „Aufstand der Zuständigen“. Mit diesen Organisationen arbeiten wir in erster Linie im präventiven Bereich zusammen.

6. Ein Charakteristikum der Aktivitäten heutiger Neonazis – die regionale Dimension

Die heutige bayerische Neonaziszene ist einerseits dadurch gekennzeichnet, dass sie einen eindeutigen Bezug zum historischen Nationalsozialismus aufweist. Dies wird allein schon durch die Aktionen im Kalenderjahr - 1. Mai oder „Frankentage“ – deutlich. Sie ist weiterhin dadurch geprägt, dass sie nicht mehr oft offen auftritt, weil sie weiß, dass die Menschen ihren Parolen und ihrem Auftreten skeptisch gegenüber stehen. Deshalb versuchen Neonazis, mit ihren Inhalten und Thesen Strukturen zu unterwandern und für sich zu nutzen. Sie bemühen sich, in Regionen Fuß zu fassen, die durch den Strukturwandel gekennzeichnet sind und von daher größere Probleme haben, sich gegen ihre Ideologie und ihr Auftreten zu wehren. Deswegen nutzen sie diese benachteiligten Regionen als Aktionsraum.

Dies ist für uns als Kirche eine spezifische Herausforderung. Wir sind selbst von diesem Strukturwandel betroffen, denn die Gemeinden werden kleiner und weniger handlungsfähig. Als Folge davon werden wir wiederum zum Akteur in diesem Strukturwandel, denn auch Kirche zieht sich sukzessive zurück, wenn vor Ort weniger Gemeindeglieder sind und diese stattdessen in die Ballungszentren abwandern. Damit eröffnet auch Kirche einen Raum für andere Akteure, weil sie Lücken hinterlässt – etwa in der Kinder- und Jugendarbeit. Hier müssen wir wachsam sein und genau beobachten, wer diese Lücken füllt.

7. Schlussbemerkung

Die Bündnisse gegen Rechtsextremismus stellen für das Gemeinwesen vor Ort eine im Sinne der Demokratie, der Vielfalt und der Toleranz reiche Quelle dar. Für die Rechtsextremisten ergibt sich ein ernüchterndes und paradoxes Resultat: ihr Auftreten und ihre System- und Menschenfeindlichkeit führen dazu, dass sich Menschen aus ganz unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen und –schichten, mit unterschiedlicher Weltanschauung und Religion plötzlich dessen bewusst werden, welche Werte sie eint. Die Erfahrung, gemeinsam aufzutreten und Widerstand gegen Neonazis zu zeigen, bringt diese unterschiedlichen Menschen auch emotional zusammen.